

## **Newsletter – Ausgabe Nr. 7**

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) am 30.06.2017 stand erneut die Standortmarketingkampagne auf der Tagesordnung. Es gab eine längere kontroverse Diskussion, in der wir unsere ablehnende Haltung bekräftigten. Im Übrigen wurden die Verfahren zur Änderung der Regionalpläne in den Städten Hagen, Rheinberg sowie Kamp-Lintfort beschlossen. Diesen haben wir nach Rücksprache mit unseren Ratsfraktionen zugestimmt. Unsere Meinung zu den weiteren Themen der Verbandsversammlung findet Ihr u.a. in dieser Ausgabe bzw. auf unserer Homepage <http://www.dielinke-rvr.de>

### **Die Themen im Überblick:**

#### **Aus der 14. Verbandsversammlung**

<b>Kritik an der Standortmarketingkampagne bekräftigt</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Sozialkonferenz Ruhr wird endlich umgesetzt!</b>	<b>Seite 2</b>
<b>Erstellung von Luftbilddaufnahmen jetzt aus einer Hand</b>	
<b>Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr nimmt Arbeit auf – Herne und Dortmund sollen beitreten!</b>	
<b>Erster regionaler Bericht zur Lage der Umwelt liegt vor</b>	

#### **Neuigkeiten aus den Ausschüssen**

<b>Waldweideprojekt in der Üfter Mark – Alternative zum Einsatz von Glyphosat</b>	
<b>Öffentlichkeitsbeteiligung zum Lärmaktionsplan an Eisenbahnstrecken organisieren</b>	<b>Seite 3</b>
<b>Gründung eines Netzwerkes „Literaturkonferenz Ruhr“ erfolgt</b>	

#### **Außerdem ...**

**Fraktionsvorstand wieder gewählt**  
**Bädergutachten für das Ruhrgebiet liegt vor – Austausch angestrebt**

#### **Einige Pressemitteilungen**

Eine anregende Lektüre wünscht DIE LINKE im Regionalverband Ruhr!

### **Wichtiges aus der 14. Verbandsversammlung**

---

#### **Kritik an der Standortmarketingkampagne bekräftigt**

---

Die Fraktion DIE LINKE lehnte zusammen mit den Piraten die zügige Durchführung der Standortmarketingkampagne „Stadt der Städte“ ab. Die FDP und die Freien Wähler enthielten sich.

Wolfgang Freye hat in seiner Rede die Kritik an Kampagne wie folgt bekräftigt: „Handwerklich verstehen die Agenturen Thjnk und TAS ihr Fach, auch wenn es teilweise ‚alten Wein in neuen Schläuchen‘ gibt. 1996 gab es schon einmal eine ähnliche Anzeigen-Kampagne der WAZ-Mediengruppe unter dem Titel ‚Stadt der Städte‘. Interessant daran ist, dass diese Kampagne eigentlich keiner mehr so richtig auf dem Schirm hatte. Da stellt sich die Frage: Wie nachhaltig ist es überhaupt, solche Imagekampagnen zu machen?

Die entscheidende Frage ist allerdings: Was bringt eine solche auf die Anwerbung von Investoren und Fachkräften zielende Kampagne wirklich? Investoren treffen ihre Entscheidungen nach harten Fakten und nicht nach bunten Bildern. Entsprechend ist es völlig unklar, wie der Erfolg der Kampagne bemessen werden soll. Dafür gibt es bisher keine Kriterien. Hinzu kommt, dass es überhaupt nicht einzusehen ist, dass der RVR eine reine Wirtschaftskampagne allein aus seinem Haushalt zahlen soll. Die Ruhrgebiets-Konzerne beteiligen sich bisher nämlich überhaupt nicht, obwohl Konzerne wie Thyssen-Krupp in den vorgestellten Entwürfen erwähnt werden und somit kostenlose Werbung erhalten.

Wenn schon, halten wir es darüber hinaus für eine Lücke, dass die Industriekultur in der Kampagne gar keine Rolle spielt. Sie ist ein wesentlicher Faktor für Kultur und Tourismus, aber auch für die Niederlassung von Unternehmensgründern.

Hier ist eben gesagt wurden, die Kampagne wird Geschichte umschreiben. Ich sage: Imagekampagnen schreiben keine Geschichte um. Geschichte wird durch Fakten bestimmt und diese sind durch die Internationale Bauausstellung, die Kulturhauptstadt, die Grüne Hauptstadt Europas in Essen, die Klimaexpo 2022

und durch die Internationale Gartenbauausstellung 2027 auf einen guten Weg gebracht wurden. Das waren und sind Projekte, die das Gesicht der Region nachhaltig verändert haben und werden.“

Aus Sicht der Fraktion sollte der RVR mehr Geld dafür in die Hand nehmen, um den Städten mehr Hilfestellung bei der Entwicklung von Programmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit und eines Sozialen Arbeitsmarktes zu geben.

---

### ***Sozialkonferenz Ruhr wird endlich umgesetzt!***

---

Nach Kritik aus den Reihen der XXL-Koalition (CDU, SPD, Grüne) und dem Kommunalrat (Gremium der Oberbürgermeister und Landräte) hatte die Verwaltung im April völlig überraschend ihr Konzept für die Sozialkonferenz des RVR zurückgezogen. Mit dem jetzigen Beschluss der Verbandsversammlung wird die Konferenz nun endlich im März 2018 durchgeführt. Hauptthema wird die Auseinandersetzung mit Strategien zur Beseitigung der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit im Ruhrgebiet sein.

Die Fraktion DIE LINKE im RVR sieht diese Konferenz als Auftaktveranstaltung an. Weitere Konferenzen sollten folgen, um regionale Strategien gegen die steigende Armut im Ruhrgebiet zu entwickeln und konkrete Forderungen an Bund und Land zu stellen.

---

### ***Erstellung von Luftbilddaufnahmen jetzt aus einer Hand***

---

Ab sofort wird der Verband für die Kommunen des Ruhrgebietes auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages die Erstellung von Luftbildern und deren Bereitstellung für Verwaltungen, Bürgerinnen und Bürger übernehmen. Damit wird erstmals eine flächendeckend einheitliche und aktuelle Grundlage geschaffen. Der Verwaltungsaufwand und die Kosten für die Kommunen werden reduziert. Die Fraktion hat dem Projekt zugestimmt.

---

### ***Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr nimmt Arbeit auf – Herne und Dortmund sollen beitreten!***

---

Mit der Bestellung der Mitglieder der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates, in dem DIE LINKE einen Platz hat, ist ein weiterer Schritt für den Start der neuen Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr getan. Kritik übt die Fraktion DIE LINKE an der fehlenden Bereitschaft der Städte Herne und Dortmund der neuen Gesellschaft von Beginn an beizutreten. Laut Oberbürgermeister Dudda (Herne) denkt man über eine Zwischenlösung nach - den Abschluss eines Betriebsführungsvertrages mit der neuen Gesellschaft für den Revierpark Gysenberg. Dieser Zwischenschritt erscheint uns unnötig.

---

### ***Erster regionaler Bericht zur Lage der Umwelt liegt vor***

---

Utz Kowalewski hat in seiner Rede den Wert des regionalen Berichtes zur Lage der Umwelt des Wuppertal Institutes hervorgehoben. Erstmals ist es in Zusammenarbeit mit den Kommunen gelungen, an Hand von 15 Indikatoren die Bewertung der Umwelt im Ruhrgebiet vorzunehmen. Ergebnis: Um die Umwelt im Ruhrgebiet steht es nicht zum Besten. Wie die Mehrzahl der kritischen Befunde belegt, sind konkrete Änderungen für die gesamte Region notwendig. Dazu bedarf es einer Vielzahl von gemeinsamen Lösungsansätzen. Eine der wesentlichen Baustellen ist das Erreichen des Modal-Split. Am Gesamtverkehrsaufkommen müssten Autos, ÖPNV, Fahrrad und Fußgänger jeweils einen Anteil von 25 % haben. Gerade zum Modal-Split hat die CDU-Fraktion in den Ausschüssen fachlich völlig unverständliche Bedenken und Kritiken geäußert. In der Verbandsversammlung stimmte sie dann doch zu.

Die Fraktion DIE LINKE hat angeregt, die Anzahl der Indikatoren zu vergrößern und bis 2019 das Thema Umweltgesundheit und Umweltgerechtigkeit mit den Kommunen unbedingt zu bearbeiten. Der Bericht kommt nun in die Städte und Kreise. An den Anregungen und Meinungen aus den Kreisverbänden und Fraktionen des Ruhrgebiets sind wir sehr interessiert.

### ***Neuigkeiten aus den Ausschüssen***

---

#### ***Waldweideprojekt in der Üfter Mark – Alternative zum Einsatz von Glyphosat***

---

Die starke Ausbreitung der Späten Traubenkirsche bedroht zunehmend die Vielfalt der heimischen Tier- und Pflanzenarten. In einer der vorherigen Sitzungen des Betriebsausschusses Ruhr Grün wurde unsererseits der Einsatz von Glyphosat abgelehnt. Wir forderten nachhaltigere und ökologisch sinnvollere Lösungen anzustreben. Auf ca. 100 ha startet nun in der Üfter Mark ein Waldweideprojekt. Dadurch soll die Späte Trau-

benkirsche langfristig und nachhaltig zurückgedrängt werden. Der Bereitstellung von jährlich 80.000 Euro stimmten wir zu.

---

### **Öffentlichkeitsbeteiligung zum Lärmaktionsplan an Haupteisenbahnstrecken organisieren**

---

Unsere Fraktion hat eine Anfrage zu der bis zum 25.08.2017 laufenden Öffentlichkeitsbeteiligung zur Lärmaktionsplanung des Eisenbahn-Bundesamtes eingebracht. Alle Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen, die an Haupteisenbahnstrecken liegen, können Angaben zum Schienenlärm einreichen. Kritisch sehen wir, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltungen in Herten, Datteln, Waltrop, Lünen, Bergkamen und Hamm sich daran nicht beteiligen können, obwohl sie an der Strecke der Hamm-Osterfelder-Bahn liegen. Begründung: Die DB hat den Streckenabschnitt Gelsenkirchen-Buer Nord und Hamm nicht als Haupteisenbahnstrecke eingestuft. Die Antworten der Verwaltung findet man unter:  
[https://rvr-online.more-rubin1.de/beschluesse\\_details.php?vid=zt\\_11&nid=ni\\_2017-VV-31&suchbegriffe=&select\\_gremium=&select\\_art=&status=1&x=13&y=2](https://rvr-online.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=zt_11&nid=ni_2017-VV-31&suchbegriffe=&select_gremium=&select_art=&status=1&x=13&y=2)

---

### **Gründung eines Netzwerkes „Literaturkonferenz Ruhr“ erfolgt**

---

Wie von der Versammlung im April auf Antrag der Linken zusammen mit der CDU, SPD, Grünen beschlossen, hat die Verwaltung im Kultur- und Sportausschuss nun angekündigt, bis September eine Bestandsaufnahme der Literaturlandschaft des Ruhrgebietes vorzulegen. Das neue Netzwerk „Literaturkonferenz Ruhr“ wird bereits Ende des Jahres einberufen.

### **Außerdem ...**

---

#### **Fraktionsvorstand wieder gewählt**

---

Auf ihrer letzten Fraktionssitzung hat die Fraktion DIE LINKE die bisherige Fraktionsspitze einstimmig wiedergewählt. Wolfgang Freye wurde als Fraktionsvorsitzender und Eleonore Lubitz als Ko-Vorsitzende bestätigt. Zu weiteren Mitgliedern des vierköpfigen Fraktionsvorstandes wurden erneut Fatma Karacakurtoglu und Olaf Jung gewählt.

---

#### **Bädergutachten für das Ruhrgebiet liegt vor – Austausch angestrebt**

---

Das Gutachten zum Bädermarkt im Ruhrgebiet, erarbeitet von der Unternehmensberatung Altenburg, liegt allen Ratsfraktionen im Ruhrgebiet vor. Gern organisieren wir nach der Sommerpause einen Austausch dazu, wenn dieser von den Kreisverbänden, Rats- und Kreistagsfraktionen gewünscht wird.

### **Einige Pressemitteilungen ...**

---

#### **Verteuerung insbesondere des Sozialtickets inakzeptabel**

---

06.07.2017

Preiserhöhungen im VRR treffen vor allem Dauernutzer des ÖPNV und sind unsozial

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) kritisiert die erneuten Preiserhöhungen des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR). Am meisten treffen sie die Abonnenten des Bären- und des Sozialtickets „Mein Ticket“, das schon zum 1. Oktober 2017 um 6,3 % auf 37,80 Euro erhöht werden soll.

Die Preissteigerungen gerade für dieses Ticket ist absolut unsozial und inakzeptabel. Die Nutzerinnen und Nutzer des Sozialtickets müssen bereits ab Oktober 5,85 Euro mehr ausgeben als noch im Januar 2016. Da lag der Preis bei 31,95 Euro“, so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Damit wird die Mobilität der ärmsten Bevölkerungsteile eingeschränkt und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben weiter erschwert. Die im Hartz IV-Satz vorgesehenen Mobilitätskosten liegen bei gerade mal 25,77 Euro im Monat. Treffen wird die Erhöhung vor allem die drastisch wachsende Zahl von ‚Aufstockern‘, die einer Arbeit nachgehen und ein so geringes Einkommen erzielen, dass sie zusätzlich Hartz IV erhalten. Aus diesem Personenkreis setzt sich ein Großteil der Nutzer/innen des Sozialtickets zusammen und sie sind darauf angewiesen, um zur Arbeit zu kommen.“

Kein Verständnis hat DIE LINKE im RVR dafür, dass der Verwaltungsrat des VRR dieser Erhöhung zugestimmt hat, zumal die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer über die letzten Jahre stetig gestiegen ist. Das Sozialticket wird inzwischen deutlich besser angenommen, als bei Einführung und hat rund 170.000 Nutzer/innen. Allerdings sieht die Fraktion DIE LINKE im RVR auch die Landesregierung in der Verantwortung. ...

„Eigentlich müsste der Beitrag des Landes für das Sozialticket erhöht werden,“ so Wolfgang Freye weiter. „Die Kommunen und die Verkehrsgesellschaften können die Fehlbetragsfinanzierung nicht allein finanzieren und sollten das auch ausdrücklich nicht. Den gesamten Betrag könnten sie gar nicht stemmen, so dass sich uns schon die Frage stellt, wie es nächstes Jahr weiter geht. Davon einmal abgesehen wäre es mal ein wirklich gutes Signal für den VRR gewesen, nicht jährlich an der Preisspirale zu drehen. Es muss doch darum gehen, mehr Nutzer/innen für den ÖPNV zu gewinnen und da sind regelmäßig alles andere als ‚moderat‘ angehobene Preise ein schlechtes Argument.“

---

### **CDU sorgt für Eklat bei Vorstellung des Regionalplans**

**29.05.2017**

---

Regionalplan-Verfahren vorbildlich – Kommunen brauchen neuen Regionalplan

Erstaunt ist die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) über den Eklat, den die CDU-Fraktion heute bei einer lange geplanten gemeinsamen Sitzung von Planungs-, Wirtschafts- und Umweltausschuss des RVR „geliefert“ hat. Gemeinsam mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Roland Mitschke verließ sie geschlossen die Sitzung, in der es inhaltlich um die Vorstellung des Arbeitsstandes der Verwaltung zum Regionalplan Ruhr ging. Ihre Begründung: Die Verwaltung habe vor der Sitzung keine Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR dazu: „Wir sehen im Vorgehen der CDU-Fraktion eine Machtdemonstration angesichts der erfolgreichen Landtagswahl. Denn die Begründung für den Eklat war mehr als fadenscheinig. Die für sechs Stunden angesetzte gemeinsame Sitzung der drei Ausschüsse war stets als Workshop geplant worden und Roland Mitschke war in seiner Funktion als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses direkt in die Vorbereitung der Sitzung mit einbezogen. Offensichtlich legt die CDU keinen Wert mehr auf eine rasche Verabschiedung des Regionalplans sondern will abwarten, ob die neue schwarz-gelbe Landesregierung Änderungen am Landesentwicklungsplan vornehmen will, die auch Auswirkungen auf die Ausgestaltung des Regionalplans haben.“

Eine solche „Blockade“ oder zeitliche Verschiebung des Regionalplans wäre aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im RVR fatal, denn die Kommunen im Ruhrgebiet brauchen den neuen Regionalplan. Er soll Ende des Jahres als Entwurf vorliegen. ...

---

### **Stahlstandort in Duisburg erhalten**

**09.05.2017**

---

Fusionspläne begraben Landesregierung muss endlich handeln – Landesbeteiligung als Option diskutieren

Die LINKE im RVR fordert von der Thyssen-Krupp Steel Unternehmensspitze klare Zusagen den Stahlstandort im Ruhrgebiet und die 25.000 Arbeitsplätze hier in NRW zu erhalten. Ein Ausverkauf des Standortes in Duisburg im Zuge der Fusion mit dem indischen Tata-Konzern muss seitens des Landes und Bundes verhindert werden.

„Die Managementfehler der letzten Jahren bei Thyssen-Krupp Steel, bei denen allein mit dem Brasilien-Geschäft schätzungsweise 12 Milliarden Euro ‚verbrannt‘ wurden, haben zu einer wirtschaftlichen Schiefelage des Unternehmens geführt. Diese darf jetzt nicht auf den Rücken der Stahlarbeiter im Ruhrgebiet, in den Niederlanden oder Großbritannien ausgetragen werden,“ so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Wir begrüßen es, dass nicht nur der Betriebsrat von Thyssen-Krupp, sondern auch der Betriebsrat von Tata Steel Nederland mobil gegen diese ‚Ehe‘ macht, in der die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ignoriert werden.“

Aus Sicht der Linksfraktion im RVR muss der Rückgang von Industriearbeitsplätzen im Ruhrgebiet endlich aufgehalten werden, zumal sich diese Situation mit der Schließung der letzten Zechen 2018 noch verschärfen wird.

Wolfgang Freye weiter: „An die Adresse von Frau Kraft gerichtet: Im Landtagswahlkampf zu plakatiert ‚Stolz auf unser Können‘, reicht als Engagement für die Wirtschaft im Ruhrgebiet nicht aus. Es müssen endlich konkrete Signale aus Düsseldorf her, wie man zusammen mit dem Bund das hochriskante Geschäft im Interesse der Arbeitsplätze verhindern will. Die ernsthafte Prüfung von Beteiligungsoptionen des Landes und des Bundes könnte ein solches Signal sein.“

---

*Hinweis zum Abonnement des Newsletters der Fraktion DIE LINKE im RVR:*

*Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, senden Sie bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an die [dielinke@rvr-online.de](mailto:dielinke@rvr-online.de).*

**Impressum:**

DIE LINKE im RVR, V.i.S.d.P. Heike Kretschmer Gutenbergstr. 47; 45128 Essen  
Telefon: (0201) 2069-325 Fax: (0201) 2069-334  
Email: [dielinke@rvr-online.de](mailto:dielinke@rvr-online.de) Internet: [www.dielinke-rvr.de](http://www.dielinke-rvr.de)